

Haushaltsplanung 2011

Erhalt der Attraktivität unserer Gemeinde

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Haußmann,
Sehr geehrter Herr Neubauer,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplan 2011 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 10,183 Mio. € und die Finanzplanung liegt uns vor. Es liegt nun wiederum an uns Gemeinderäte, die von der Verwaltung geplanten Entwicklung unserer Gemeinde einschließlich der vorgesehenen Anhebung der Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer zu unterstützen oder andere Schwerpunkte zu setzen.

Die FWG möchte sich zunächst bei Ihnen Herr Neubauer, ihrem Team und der Verwaltung insgesamt für das umfangreiche und gut strukturierte und erläuterte Zahlenwerk bedanken.

Vorbemerkung

In Ihrer Haushaltsrede zum vorliegenden Haushalt sagten Sie Herr Bürgermeister Haußmann u. a. „Das Leben wird immer teurer: Das scheint ein Naturgesetz zu sein“ In Abwandlung eines Sprichwortes lässt sich der Haushalt 2011 nach Ihrer Aussage Herr Neubauer kurz bezeichnen als „Aller schlechten Dinge sind Drei“ bei Betrachtung der Haushalte 2009, 2010 und 2011.

Es ist sicher zutreffend, dass das Leben immer teurer wird. Die Inflationsrate einerseits und das immer umfangreichere Angebot seitens der öffentlichen Hand führen unausweichlich zu entsprechenden Kostensteigerungen. Die Frage der Notwendigkeit und auf welchem Niveau stellt sich immer mehr. Trotz berechtigtem Pessimismus Herr Neubauer können wir Ihnen bescheinigen dass Sie die „schlechte Haushaltssituation“ ausgezeichnet bewältigt haben und aus unserer Sicht ein leichter Optimismus nach den augenblicklichen Prognosen berechtigt ist.

Die aus den vergangenen Jahren resultierenden Folgen und Anforderungen sind sicher ernst zunehmen. Aus unserer Sicht sind es um an der Zahl 3 anzuknüpfen im Wesentlichen drei Faktoren die unser Handeln und unseren Handlungsspielraum zukünftig stark beeinflussen. Dies wird auch im vorliegenden Haushaltsplan sehr deutlich:

1. Von Bund und Land werden den Gemeinden immer mehr Aufgaben ohne einen entsprechenden Ausgleich übertragen.

2. Die fremdbestimmten Abgaben wie z.B. die Kreisumlage (1,67 Mio. €) steigen ständig und stellen einen bedeutenden Anteil an den Ausgaben dar.
3. Sind hinsichtlich der schnellen Veränderungen in der Wirtschaft und den Finanzmärkten noch fundierte langfristige Planungen in Verbindung mit einer gesicherten Finanzierung möglich.

Bei der Durchsicht des Haushalts steht aus unserer Sicht mehr denn je die Entscheidung an, ob wir wie von der Verwaltung angesprochen ein „Einnahmeproblem“ haben oder kurz auf einen Nenner gebracht ob „wir über unsere Verhältnisse leben“.

Aus Sicht der FWG haben wir sicher eine notwendige jedoch sozialverträgliche Konsolidierungsphase hinter uns. Die Kooperation im Bereich Hallenbad mit der Stadt Kirchheim wird nicht nur einmalige Einsparungen bringen sondern es ist ein Beispiel wie durch strukturelle Änderungen langfristig Ausgaben verringert werden können. Dieser Weg sollte fortgesetzt werden.

Sparen und ständige Überprüfung der Ausgabensituation wird auch zukünftig an erster Stelle stehen bzw. wir müssen uns noch kritischer die Frage zwischen „Notwendigem und Wünschenswertem“ stellen um einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt zu erreichen und notwendige Investitionsmaßnahmen durchführen zu können. Die Konzentration auf einige wenige Maßnahmen wird nicht ausbleiben. Dies wird sicher auch ein Schwerpunkt bei der Beratung aus unserer Sicht sein.

Wir denken, dass trotz der Sparmaßnahmen in den vergangenen Jahren das Leben, Wohnen und Arbeiten in unserer Gemeinde weiterhin attraktiv ist und bleiben wird. Dies zu messen ist sicher schwierig. Der schnelle Verkauf der Bauplätze im Gebiet „Goldmorgen /Obere Straßenäcker“ ist aus unserer Sicht ein Indikator dafür.

Die äußeren Einflüsse wie eine gute Verbindung beim öffentlichen Nahverkehr in den Großraum Stuttgart, die zentrale Verkehrsanbindung und die landschaftlich schöne Lage mit vielen Erholungsmöglichkeiten am Rande der Schwäbischen Alb bzw. dem zur Zeit viel beworbenen Biosphärengebiet sind in der Diskussion sicher hilfreich. Wichtiger ist aus unserer Sicht das örtliche Angebot bzw. welchen Beitrag leisten die Gemeinde und die vielen ehren-amtlich engagierten Bürger für die Attraktivität unseres Zusammenlebens.

Beispielhaft erwähnen möchte ich

die vielfältige Kinderbetreuung
Einrichtungen für den Sport
reges Vereinsleben
gut ausgebaute Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung)
ansprechendes Programm für Senioren
Arbeitsplätze durch unsere Gewerbetreibenden
ein umfangreiches qualitativ hochwertiges Dienstleistungsangebot durch die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung.

Dieses Angebot gilt es in einem finanziell vertretbaren Rahmen weiterzuentwickeln. Mit dieser beispielhaften Aufzählung soll auch die Bitte an die Bürger verbunden werden bei der Diskussion von Einzelprojekten das Gesamte nicht aus den Augen zu verlieren.

Einnahmen-Steuern:

Gewerbesteuer:

Abweichend zu den vergangenen Jahren wurden seitens der Verwaltung Mehreinnahmen durch Anhebung der Hebesätze bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer bereits in den Planentwurf eingearbeitet. Die FWG wird die Erhöhung der Hebesätze von 350 v. H. auf 365 v. H. bei der Gewerbesteuer mittragen. Zwei Gründe sind dabei ausschlaggebend:

1. auf Grund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurde in den vergangenen Jahren bei der Gewerbesteuer auf eine Erhöhung verzichtet.
2. Bei Einzelunternehmen ist eine vollständige Verrechnung mit der Einkommensteuer möglich.

Ein Vergleich mit dem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz in Baden-Württemberg ist sicher ein Orientierungsmaßstab, kann jedoch nicht auf Grund der örtlichen Besonderheiten Grundlage einer festzulegenden Höhe sein.

Grundsteuer:

Der vorgeschlagenen Erhöhung der Grundsteuer A und B mit Mehreinnahmen von 21400 € wird **nicht** zugestimmt.

Nun einige Anmerkungen zum Verwaltungshaushalt:

Dem Ziel, einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt zu erreichen sind wir wieder ein Stück näher gekommen. Treffen die Prognosen hinsichtlich dem

Wirtschaftswachstum für 2011 und der Meldung dass zusätzliche Arbeitsplätze entstehen so sind wir optimistisch, dass diese Entwicklung mit der bekannten zeitlichen Verzögerung den kommunalen bzw. auch unserem Haushalt zugute kommt. Ihr Grundsatz Herr Neubauer „So viel wie nötig, so wenig wie möglich“ wird aus unserer Sicht ganz besonders bei den Personalkosten 2011 deutlich. Die reale Steigerung von 1,2 % entfällt dabei vollständig auf den Schülerhort. Die regulären Besoldungs- und Tarifsteigerungen sollen durch eine Nichtbesetzung einer 0,5 Stelle im Bürgerbüro vollständig aufgefangen werden. Dafür allen Beteiligten herzlichen Dank.

Investitionen in Bildung halten wir weiterhin als eine der wichtigsten Aufgaben. Der Zuschuss für die Grund- und Werkrealschule in Höhe von knapp 370 000 € wird von uns mitgetragen. Die geplante schrittweise Renovierung der Klassenzimmer in der Werkrealschule wird als notwendig angesehen.

Das vielseitige und stark nachgefragte Angebot der Kinderbetreuung, von der Kindertagesstätte über die Kleinkinderbetreuung, betreute Spielgruppen, Kindergärten bis zum Schülerhort ist für die Gemeinde mit Kosten von 812 000 € verbunden. Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass bisher von den Familien übernommenen Aufgaben und Verantwortung auf die Gemeinde übertragen werden. Nach unseren Informationen wird in diesen Einrichtungen eine wichtige und gute Arbeit geleistet. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Im Zeichen großer Anstrengungen für die Bildung insgesamt und das Heranführen der Kinder an das Lesen stellt sich für die FWG trotzdem die Frage des Erhalts der Ortsbücherei. Voraussetzung für eine zukunftsorientierte Bücherei ist aus unserer Sicht eine hohe Qualität des Angebots an Bücher und auch neuer Medien. Hierfür sind zusätzliche Mittel notwendig. Die Frage dabei ist, ist dies in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen möglich.

Als Alternativen bieten sich aus unserer Sicht eine Schulbücherei insbesondere für die Grundschüler mit Kinder- und Jugendbücher oder eine Zusammenarbeit mit der Bücherei in Kirchheim an. Die Signale hinsichtlich einer Bücherei in der Schule sind nach unserem Kenntnisstand sehr zurückhaltend. Deshalb halten wir eine Zusammenarbeit mit Kirchheim die langfristig bessere Lösung für ein umfassendes Angebot für unsere kleinen und großen Leser.

Der Zuschussbedarf für Schloßberghalle, Sportplätze und Sporthalle von knapp 380 000 € wird von uns mitgetragen, sind sie doch eine wesentliche Voraussetzung für Schulsport und entsprechende Aktivitäten unserer Vereine.

Die auf 5 Jahre ausgelegte Bäderkooperation zwischen Kirchheim und Dettingen wird befürwortet. Nach der Übergangszeit und Maßnahmen für die „Fitmachung“ des Bades sind beträchtliche Einsparungen zu erwarten. Durchhaltevermögen und umfangreiche Gespräche führten zu dem von vielen nicht erwarteten Erfolg. Für das Engagement allen Beteiligten herzlichen Dank.

Besonders zu erwähnen ist noch die Entwicklung bei der Straßenbeleuchtung. Durch entsprechenden Austausch der Leuchtkörper können die Ausgaben um rd. 2/3 verringert werden (von ca. 100 000 auf 33 000 €) ohne dass die Sicherheit wesentlich beeinträchtigt wird.

Vermögenshaushalt:

Für Investitionen ist insgesamt ein Betrag von 1,493 Mio. € vorgesehen. Die bedeutendste Maßnahme ist dabei der Anschluss der Werkrealschule und die Schloßberghalle an das Nahwärmenetz der Holzhackschnitzelanlage mit einem Mittelbedarf von knapp 600 000 €. Der Anschluss weiterer Gebäude der Gemeinde an das Nahwärmenetz ist konsequent und richtig, zumal die Heizung in der Werkrealschule ersetzt werden muss. Für den Austausch der Geräte auf der Skatingbahn sehen wir aktuell keinen Bedarf, zumal das Interesse an dieser Sportart bzw. Freizeitbeschäftigung der Jugendlichen nach unserer Wahrnehmung auch in anderen Orten stark rückläufig ist.

Für die Sanierungsmaßnahmen Burghof/Schlossgasse mit Ausgaben von über 200 000 € wurden die Beschlüsse im Gemeinderat bereits gefasst. Einer Umsetzung steht nach den Signalen von den betroffenen Bürgern nichts mehr im Wege.

Eine für die FWG immer wieder in die Haushaltsberatungen eingebrachte wichtige und notwendige Maßnahme ist die Kanalsanierung, die Erneuerung der Wasserleitungen und die entsprechenden Straßenbaumaßnahmen im „alten Guckenrain“ mit einer Investitionssumme von ca. 5,115 Mio. €. Die beginnenden Planungen im Jahr 2011 werden befürwortet. Mit Kosten von ca. 2,9 Mio. € (Finanzierung Kämmereihaushalt) für den Straßenbau, ca. 1,2 Mio. € (Finanzierung Eigenbetrieb Abwasser) und ca. 1,005 Mio. € (Finanzierung Eigenbetrieb Wasser) werden spürbare Auswirkungen sowohl im Kämmereihaushalt wie auch in den Eigenbetrieben sichtbar werden. Aus unserer Sicht jedoch eine nicht mehr länger aufschiebbare Maßnahme. Eine Konzentration der Mittel auf dieses Tiefbauvorhaben halten wir deshalb für notwendig und stellen zu dem Haushaltsplan folgende Anträge:

A: Verwaltungshaushalt:

1. Keine Änderung der aktuellen Hebesätze bei der Grundsteuer :
Grundsteuer A = 340 v. H.; Grundsteuer B = 370 v. H.;

2. Schließung der Ortsbücherei

3. Betriebskostenzuschuss für Spielgruppe „Altes Gemeindehaus“ erst ab 2012 bereitstellen.

Begründung: Ein Beginn ist erst nach Abschluss der Baumaßnahmen im Gemeindehaus möglich. Erfahrungen aus dem Projekt auf dem Guckenrain sollten abgewartet werden. Deshalb Beginn frühestens 2012.

4. Unterhaltungsaufwand im Hallenbad von 25 500 auf 15 500 € reduzieren.

Begründung: Unterhaltungsmaßnahmen sind erst ab September möglich. Umfangreichere Maßnahmen sind aus unserer Sicht auf Grund der begrenzten Zeit und entsprechender Planung erst 2012 möglich.

5. Unterhaltungsmaßnahmen „Alter Friedhof“ - Verringerung des Planansatzes um 20 000 €.

Begründung: Durchführung der Maßnahme in Abschnitten

6. Erhöhung des Planansatzes Feldwegunterhaltung um 20 000 €

Begründung: Der Zustand der Feldwege ist teilweise in einem schlechten Zustand. Unterhaltungsmaßnahmen sind dringend erforderlich. Ausbaustandard und Prioritäten sind in Zusammenarbeit mit dem Feldwegausschuss zu erarbeiten.

Prüfaufträge

1. Straßenreinigung. Prüfung der vertraglichen Leistungen einschließlich Bindungsdauer mit dem Straßenreinigungsunternehmen.

2. Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr: Zweckausgaben für Sammeltaxi

Begründung: durch die Verknüpfung mit der S-Bahn bestehen Busverbindungen noch nach Mitternacht.

Vermögenshaushalt:

1. Sportplätze und Umgebungsanlagen: Streichung des Ansatzes von 30 000 € für Maßnahmen Skatingbahn.

2. Schloßberghalle: Streichung des Ansatzes von 10 000 für die Installation eines fest eingebauten Beamers. Begründung: der Bedarf wird als relativ gering angesehen; die Mehrzahl der Referenten verwendet erfahrungsgemäß ihre eigene Technik.

3. Brücken: Streichung des Ansatzes von 45 000 €
Begründung: Die Verkehrssicherheit liegt vor. Einschränkungen bei Gegenverkehr von Radfahrern und Fußgängern rechtfertigen nicht die hohen Kosten.

4. EU-Wasserrahmenrichtlinie Konzept plus Maßnahmen. Streichung des Ansatzes von 50 000 €
Begründung: Eine Umsetzung ist erst bis 2014 notwendig. Bei der der augenblicklichen Einnahmesituation ist dieser Maßnahme eine geringere Priorität einzuräumen.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Für die FWG

Dr. Werner Hack